



Winfried Hermann MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Reinhard Loske MdB

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die

Kommissar Günter Verheugen
Vizepräsident der Europäischen Kommission
200, Rue de la Loi
B – 1049 Brussels
Per Fax: 0032.2 / 299.18.27

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 227 – 71645
📠 (030) 227 – 76307

cc Umweltkommissar Stavros Dimas
Per Fax 0032.2 / 298.2099
cc Präsident der EU-Kommission José Manuel
Barroso Per Fax 0032.2 / 299.3229

29. Januar 2007

Sehr geehrter Kommissar Verheugen,

die Entscheidung der Kommission, den Vorschlag zur Einführung verbindlicher Emissionsgrenzwerte für Neuwagen ab 2012 zu verschieben, ist angesichts des offenkundigen Klimawandels ein großer Fehler. Dieser Kniefall vor der deutschen Autoindustrie beschädigt das Ansehen der Kommission, die sich wider besseres Wissen in punkto Klimaschutz, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit nicht durchzusetzen weiß gegen die Interessen eines einzelnen Wirtschaftszweiges. Dass Sie bei diesem Rückzug eine entscheidende Rolle spielen, kritisieren wir aufs Schärfste. Denn Sie haben als Repräsentant Deutschlands in der Kommission nicht nur kurzfristige Wirtschaftsinteressen einiger weniger deutscher Autokonzerne zu vertreten. Sie haben auch eine Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl und deshalb für politische Rahmenbedingungen zu streiten, die nachhaltiges Wirtschaften fördern.

Es ist absehbar, dass die Autoindustrie ihre Zusage zur Reduzierung der Emissionen von Neuwagen auf 140 gCO₂/km bis 2008, mit der sie vor fast zehn Jahren eine Richtlinie zu Verbrauchsreduktionen abwehrte, krachend verfehlen wird. Sie bestätigt damit den Eindruck, kein zuverlässiger Partner für Innovation und Klimaschutz und mehr Teil des Problems als Teil der Lösung zu sein. Es ist deshalb nur konsequent, einen Grenzwert von 120 gCO₂/km für das Jahr 2012 verbindlich festzuschreiben, wie es Umweltkommissar Dimas vorschlägt.

Dass Sie als Industriekommissar diesen Vorstoß ausbremsen, ist besonders kontraproduktiv. Denn aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit ist es unverzichtbar, dass die Industrie klare Vorgaben erhält, mit denen zukunftssträchtige Innovationen stimuliert werden. Die deutschen und europäischen Automobilkonzerne werden im internationalen Wettbewerb nur bestehen, wenn sie auf den globalen Märkten mithalten können. Vielerorts, etwa in Kalifornien, China und Japan, wächst die Nachfrage nach effizienten und schadstoffarmen Autos. Die europäische Autoindustrie droht - nach dem Katalysator und der Hybrid-Technologie - einmal mehr einen globalen Trend zu verschlafen. Mit Ihrem Einsatz gegen verbindliche Grenzwerte schaden Sie der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Mag sein, dass damit kurzfristig Gewinne und Arbeitsplätze gesichert werden. Mittel- und langfristig jedoch gefährden Sie Erfolg und Beschäftigung in der Automobilproduktion.

Auch für besseren Klimaschutz und den Kampf gegen Europas Abhängigkeit vom Öl ist eine klare Regelung unbedingt erforderlich. Autoabgase verursachen die Hälfte der CO₂-Emissionen im Verkehr. Der Straßenverkehr ist im hohen Maße abhängig vom Öl. Es ist unverantwortlich, dass Sie sich als Industriekommissar in Ihren Sonntagsreden zu mehr Klimaschutz und der Notwendigkeit einer Reduzierung der Öl-Abhängigkeit Europas bekennen, aber gleichzeitig wichtige Entscheidungen hierzu zu verschleppen.

Überdies ist es wenig glaubwürdig, wenn Sie im Gegenzug unausgereifte Vorschläge anbieten. Eine Einbeziehung des Autoverkehrs in den Emissionshandel ist ein unrealistischer Ansatz, der lediglich zum Ziel hat, das notwendige Handeln zur Verbrauchsreduktion der Fahrzeuge auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben.

Sehr geehrter Herr Kommissar, wir fordern Sie auf, nicht länger wichtige Weichenstellungen für mehr Klimaschutz, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu blockieren. Setzen Sie sich dafür ein, dass die europäische Industrie auf den Märkten von morgen die Nase vorn hat und Europa seiner Verantwortung beim Klimaschutz gerecht wird. Alles andere ist nicht nur industriepolitisch kurzsichtig, sondern falsche Rücksichtnahme auf die Interessen strukturkonservativer Beharrungskräfte, die nur die eigenen kurzfristigen Vorteile im Auge haben. Europäische Politik kann Sympathien bei den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinschaft nur gewinnen, wenn neben Wirtschafts- auch Klimaschutz- und Umweltinteressen handlungsleitend werden.

Mit freundlichen Grüßen



Winfried Hermann



Reinhard Loske